



## Regierungsratsbeschluss vom 30. Mai 2023

Nationalrat; Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie UREK; 19.409 n Pa. Iv. Bregy. Kein "David gegen Goliath" beim Verbandsbeschwerderecht; Vernehmlassung

---

P230511

1. Der Regierungsrat verzichtet auf eine inhaltliche Stellungnahme zum Vorentwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz (NHG) und genehmigt das Schreiben an das Bundesamt für Umwelt BAFU.

### Begründung

Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats hat im Rahmen der Behandlung der parlamentarischen Initiative «Kein 'David gegen Goliath' beim Verbandsbeschwerderecht» einen Vorentwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz (NHG) in die Vernehmlassung gegeben. Mit der Vorlage sollen Wohnbauprojekte von weniger als 400 m<sup>2</sup> Geschossfläche vom Verbandsbeschwerderecht gemäss NHG ausgenommen werden, sofern sie weder ausserhalb der Bauzonen, im Gewässerraum, in geschützten Ortskernen, in unmittelbarer Nähe von geschichtlichen Stätten oder von Kulturdenkmälern noch innerhalb von Biotopen liegen. Auf den Kanton Basel-Stadt hätte diese Änderung des NHG keine Auswirkungen. Deshalb verzichtet der Regierungsrat auf eine inhaltliche Stellungnahme.

